

Helmut Kuhn

Die Studentenschaft in der Demokratie

Studentenschaft contra Weimarer Republik

Als Ausgangspunkt unserer Betrachtungen mag eine Erfahrung der jüngsten deutschen Geschichte dienen. Das Problem der Studentenschaft in der Demokratie stellte sich, wie das natürlich war, mit der Entstehung einer demokratischen Staatsform, nach dem Zusammenbruch des wilhelminischen Reiches im Jahre 1918 und dem Inkrafttreten einer parlamentarisch-demokratischen Verfassung am 11. August des darauffolgenden Jahres. Alles und alle, Einrichtungen und Personen, mußten damals unter schweren Bedrängnissen, bedrückt von den Katastrophen der jüngsten Vergangenheit und in Ungewißheit über die nächste Zukunft, ihren Ort in der verwandelten Welt suchen. Wie steht die selbst im Wandel begriffene Studentenschaft zu sich selbst, zu der Universität, die auch damals kompromittiert war, teils durch Exzesse des professoralen Kriegsnationalismus, teils durch die auf das Schuldkonto der „älteren Generation“ geschriebene Niederlage; und schließlich: wie steht die Studentenschaft zu Gesellschaft und Staat – zu der unter großen Nöten sich konsolidierenden deutschen Republik?

Das waren in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg die unter uns mit Hitze erörterten Fragen. Ich spreche von „uns“ und „wir“. Tatsächlich war die damalige Studentenschaft gespalten, schon dadurch, daß sich die Kriegsteilnehmer deutlich von den aus Schule und Elternhaus hinzugekommenen Neuinskribierten abhoben; und die fraglichen Diskussionen wurden hauptsächlich von den Angehörigen der Kriegsteilnehmergeneration gepflegt – von denen, die die ganze Wucht der Umwälzung verspürt hatten. Vorweggenommen findet sich das Wesentliche dieser Diskussionen in einer Rede über „Das Leben der Studenten“, gehalten bald nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs von dem Vorsitzenden der Berliner „Freien Studentenschaft“, dem Studenten Walter Benjamin¹. Diese Rede ist ein glühender Protest gegen die Verbürgerlichung der Studentenschaft und die „Verfälschung des Schöpfergeistes in Berufsgeist“, ein Aufruf zugleich, „eine Gemeinschaft von Erkennenden zu gründen an Stelle der Korporation von Beamteten und Studierten“. Das heutige Studententum, so lautete die Anklage des Zweieundzwanzigjährigen, „ist keineswegs an den Stellen zu finden, wo um den geistigen Aufstieg der Nation gerungen wird, keineswegs auf dem Felde seines neuen Kampfes um die Kunst, keineswegs an der Seite seiner Schriftsteller und Dichter, keineswegs an den Quellen religiösen Lebens. Nämlich das deutsche Studententum als solches – das existiert nicht“.

¹ Walter Benjamin, *Illuminationen. Ausgewählte Schriften* (Frankfurt 1961) 9–21 (vgl. auch 439 f.).

Der Mann, der dann in den zwanziger Jahren dem deutschen Studententum dadurch zur Existenz verhelfen wollte, daß er ihm einen Inhalt und zugleich eine organisatorische Form verschaffte, knüpfte wie Benjamin an das freistudentische Denken an. Das war Carl Heinrich Becker, Professor der Orientalistik und später preußischer Kultusminister. „Die Gemeinschaft schöpferischer Menschen erhebt jedes Studium zur Universalität: unter der Form der Philosophie“, hatte Benjamin erklärt. C. H. Becker erwartete eben diese „Universalisierung“ von den Geisteswissenschaften. Wir sind vielleicht geneigt, solche Erwartung für eine Naivität zu halten. Aber wir brauchen nur im Geiste die großen Lehrer jenes Jahrzehnts aufzuzählen und uns daran erinnern, in wie hohem Maße wir in diesen Nachkriegsjahren von den Ideen der Zwischenkriegszeit gelebt haben, um uns davon zu überzeugen, daß Beckers Hoffnungen nicht ganz trügerisch waren. Sein staatsmännischer Ehrgeiz jedoch war auf die Gründung einer rechtlichen und organisatorischen Form gerichtet. Hier nun erlitt er seine Niederlage, und mit ihm wurden die besten freistudentischen Bestrebungen aufs Haupt geschlagen.

Becker war durchdrungen von der Wahrheit, daß die deutsche Universität und mit ihr die deutsche Studentenschaft im Übergang von dem wilhelminischen Reich zur Republik nicht so mit sich selbst gleich bleiben könnte, als wäre sie nur von einem ihr Wesen nicht berührenden Medium in ein anderes übergeglitten. An die Stelle einer Institution, die, bei selbstverständlicher Loyalität gegenüber Kaiser und Reich, sich als apolitisch und in diesem Sinn als frei verstand, sollte eine Hohe Schule treten, die in Erfüllung ihres an die Wahrheit gebundenen Auftrags den demokratischen Bürgersinn pflegte und dem neuen Staat durch freie Bejahung etwas von ihrer eigenen Autorität schenkte. Das bedeutete nicht „Demokratisierung“ in dem neuerdings bei uns geläufig gewordenen Sinn, d. i. Übertragung politisch-demokratischer Regierungsformen auf alle Lebensgebiete einschließlich der Universität. Wohl aber sollte sich die deutsche Studentenschaft zu einer von ihr selbst nach demokratischen Prinzipien verwalteten, vom Staat als offizielle Interessenvertretung anerkannten Körperschaft zusammenschließen. Nicht unmittelbare Mitwirkung im demokratischen Staat, aber eine der Studentenschaft und den Universitäten zugute kommende demokratische Einübung sollte das Ergebnis sein. Doch dieser Plan erwies sich nach den anfänglichen Erfolgen als undurchführbar. Es zeigte sich nämlich, daß die aus sich selbst geordnete Studentenschaft und die demokratisch geordnete Weimarer Republik nicht zusammenpaßten. Diese Inkompatibilität wurde akut durch ein scheinbar nur am Rand liegendes Problem.

Allerseits war zugestanden, daß die Deutsche Studentenschaft auch die Studenten jenseits der durch den Friedensvertrag gesetzten Reichsgrenzen umfassen sollte, und das bedeutete vor allem: Studenten der österreichischen Universitäten. Der umfassende Charakter der Studentenschaft wurde aber in zwei verschiedenen, einander ausschließenden Weisen interpretiert: von Becker und seinen Anhängern als „großdeutsch“, von einer wachsenden Mehrheit der Studentenschaften aber als „großvölkisch“. Die studentisch-völkische Auffassung verlangte: von den österreichischen Studentenverbindungen dürften nur die deutsch-völkischen aufgenommen werden, d. h. die auf den „Arierpara-

graphen“ verpflichteten. Es versteht sich, daß weder die preußische noch eine andere Staatsregierung im Reich ihre staatliche Anerkennung einer studentischen Organisation gewähren konnte, die unter Verletzung des Gleichheitsgedankens den Ausschluß der Juden zum Grundsatz ihrer Konstitution erhob. Im Jahre 1927 stellte Becker die Streitfrage zur Abstimmung und unterlag. Der Traum der Kriegsteilnehmergeneration von einer reformierten Universität war ausgeträumt.

Was war geschehen? Die deutsche Studentenschaft sollte sich in Wahrnehmung ihrer eigenen, von ihr selbst zu definierenden Interessen demokratisch geordnet dem demokratisch-parlamentarisch geordneten Staat einfügen. Tatsächlich aber war eben diese Studentenschaft in den gewaltigen Sog einer anti-demokratischen und republikfeindlichen Bewegung geraten. Bei der Tagung der Studentenschaften in Graz 1932 wurde ein Nationalsozialist zum Vorsitzenden gewählt. Das war die offene Kriegserklärung an die Adresse der Republik. Die Studenten hatten in ihrem Bereich die Machtergreifung durch Hitler vorweggenommen.

Studentenschaft contra Bundesrepublik

Im gegenwärtigen Zusammenhang erinnere ich an diese Vorgänge, weil sie sich in unseren Tagen unter veränderten, aber doch verwandten Umständen und mit entgegengesetztem politischen Vorzeichen zu wiederholen scheinen. In der Bundesrepublik Deutschland wurde das verschüttete Werk von C. H. Becker wieder ausgegraben. Wiederum entstanden in einer zweiten Nachkriegszeit, nach einer zweiten, vernichtenden Niederlage, an den westdeutschen Universitäten die anerkannten Studentenschaften, finanziert durch Pflichtbeiträge der Studierenden, und aus ihnen ging als Organ der Gesamtvertretung der Verband deutscher Studenten (VDS) hervor. Für eine Weile nahm das alles seinen Lauf. Das kühne Unternehmen von einst schien bereits zur Routine geworden zu sein – bis zum Jahr 1967. Dann zeichnete sich mit wachsender Intensität ein Ergebnis ab, das von dem distanzierten Beobachter als eine Wiederholung wahrgenommen wird. Wiederum zeigte sich, daß Studentenschaft und demokratischer Staat, auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen, nicht oder nicht mehr zusammenpaßten. Wiederum erklärte die Studentenschaft, nicht *den* Staat zu wollen, der ist, sondern eine andere, bessere, zukünftige Gesellschaft. „Wir erwarten nicht die Revolution, sondern wir bereiten den Aufstand vor“, erklärte der einstige Berliner Studentenfürher Dutschke.

Die Tiefe des Abgrunds, der sich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Studentenschaft aufgetan hatte, kam zum Vorschein bei dem Versuch der Universität München, im Februar 1968 des 25 Jahre zuvor erlittenen Opfertodes jener Studenten zu gedenken, die es in Gemeinschaft mit Professor Kurt Huber gewagt hatten, sich gegen das Hitler-Regime aufzulehnen. Studentische Demonstrationen machten die Feier zu einer Farce. An der Außenmauer der Universität prangte in roten Lettern die Inschrift: „Die Mörder feiern die Gemordeten“. Die „Bewältigung der Vergangenheit“,

jahraus jahrein als Ziel bundesrepublikanischer Erziehung verkündet, war den rebellierenden Studenten in überraschender Weise gelungen. Sie hatten es fertiggebracht, die Bundesrepublik mit dem schuldigen Hitler-Regime, sich selbst mit dessen unschuldigen Opfern zu identifizieren. In der Glut der Leidenschaft, die einst die „Dolchstoßlegende“ hervorgebracht hatte, verbrennen alle Tatsachen, und mit denen, die sich eins glauben mit dem Recht der Geschichte selbst, läßt sich nicht rechten.

Wiederum also geschah es. Zum zweiten Mal überantwortete sich die deutsche Studentenschaft einer radikalen Bewegung. Zum zweiten Mal öffnete sich ein Abgrund zwischen dem Staat, diesmal der Bundesrepublik Deutschland, und den Wortführern der studentischen Jugend. Einst war es Pflicht der Jungmannschaft, die Weimarer Republik mit Füßen zu treten, diesmal heißt der Prügelknabe Bonn. Von neuem erhebt sich der Schrei nach Freiheit – damals von Zinsknechtschaft und jüdischem Kapital, diesmal von repressivem Establishment und Industriekapital schlechthin. Freilich bleibt, abgesehen von der Gegensätzlichkeit des ideologischen Vorzeichens, ein großer Unterschied. Diesmal ist der einst unverhohlene Abgrund überdeckt von dem Wort „demokratisch“. Wenn dieses Wort mit der rechten Intonation ausgesprochen wird, verschwindet wie mit einem Zauberschlag der Abgrund. „Sie, die Rebellen“ – so insinuiert das Zauberwort – „wollen dasselbe wie wir, die loyalen, wenn auch unzufriedenen Bundesbürger. Aber was wir mit mattem Herzen und nur halb wollen, das wollen sie feurigen Geistes und ganz. Sie wollen die Demokratie demokratisieren. Noch ihre Ungezogenheiten könnten ein Korrektiv unserer gedankenlosen Trägheit sein.“ Versuchen wir also, mit denen, die so sprechen, an der Existenz des „Abgrunds“ zu zweifeln. Kann es einen anziehenderen Zweifel geben als den, der uns fühlen läßt: auch wir werden von der gewaltigen Woge des zukunftsstrunkenen Jahrzehnts vorangetragen in die Welt, in der alle Scheidewände – freilich auch alle schirmenden Wände – in nichts zerfallen?

Zunächst einigen wir uns mit unserem Gesprächspartner über Tatsachen, die jenseits des Zweifels liegen und deren Beachtung uns davor bewahren soll, die Analogie zwischen dem Geschehen der zwanziger-dreißiger Jahre und dem der sechziger zu überlasten. Die reißende Bewegung unserer Zeit ist eine Weltbewegung, die sich, unbeschadet ihrer eigentlichen Gestalt, nach Regionen und Nationen differenziert. Die beliebten Erklärungen, die sich auf Schwächen der Bundesrepublik oder die Unzulänglichkeit der deutschen Hochschulen stützten, verwechseln Anlässe und Vorwände mit der bewirkenden Ursache. Sie scheinen die Bewegung zu analysieren, während sie tatsächlich ihr Ausdruck sind. Unbewußt dienen sie einer Sache, die sie noch nicht durchschaut haben. Eine zweite Tatsache: die Bewegung ist im Grunde und nach ihrer verborgenen Triebfeder apolitisch, ein Jugendaufstand nicht gegen diese oder jene Ordnung, sondern gegen Ordnung überhaupt. Wo sie selbst sich zu etwas wie einer Ordnung verfestigt, richtet sie sich schleunigst gegen ihr eigenes Produkt. So ist sie ursprünglich zwar potentiell, aber nicht aktuell politisch. Sie kann, den Umständen entsprechend, jedes politische Vorzeichen annehmen. Sie ist nationalistisch-völkisch bei den Vlamen, liberal-revisionistisch bei den Tschechen, und in den westlichen Ländern außerhalb des kommunistischen

Machtbereichs formiert sie eine marxistische „Neue Linke“. Hier nun, unter dem sanfteren Joch des demokratischen Regiments, scheint sie ihren wahren Tummelplatz zu finden. Ihre Kraft aber zum Guten wie zum Bösen und ihr „Solidarisierungsvermögen“ beruht, auch innerhalb des politischen Felds, in ihrer transpolitischen Tiefe. Wohl ist es richtig, daß die Jugend da gegen dieses, dort gegen jenes bestehende System Front macht und ihre Kritik dem jeweils nächstliegenden System anpaßt. Aber der spezifischen, manchmal treffenden, noch öfter wertlosen Kritik – wo drastische Mängel nicht zu finden sind, werden sie erfunden – liegt eine sich absolut setzende kritische Haltung zugrunde. Wenn wir der rebellischen Jugend eine Sprache zu leihen versuchen, die sie selbst nicht zu artikulieren vermag, dann spricht sie folgendermaßen zu uns: „Wir nehmen die von euch geschaffene, von euch mit Greueln erfüllte Gesellschaft nicht an. Das Leben, das ihr uns anbietet, scheint uns nicht lebenswert.“ Und in diesem klirrenden Satz mitschwingend hören wir noch eine andere dumpf gemurmelte Rede: „Die Welt, von der ihr sagt, sie sei von Gott geschaffen, die Welt mit dem Menschen in ihr, so wie er ist – wir nehmen sie nicht an. Das Leben, das sie uns bietet, gilt uns nicht als lebenswert.“

Wir müßten stumpf sein, sollte diese Rede kein Echo in uns wecken. Wir müßten taub und gedächtnislos sein, sollten wir nicht in ihr selbst das Echo vielfach gehörter und tief in uns gedrungener Rede wiedererkennen. Denn nichts anderes ist uns ja von Dichtern vorgesungen, von Erzählern und Kritikern vorgesagt, von bildenden Künstlern vorgestellt worden – von all denen, die die Entmenschlichung des Menschen durch die Maschine, seine Versklavung durch den totalen Staat, das Entsetzen des modernen Materialkriegs und das noch tiefere Grauen der Vernichtungslager vorausgeahnt oder als Zeitgenossen miterfahren haben; und in den zwanziger Jahren jung gewesen sein bedeutet: durch „Das wüste Land“ (*The Waste Land*) T. S. Eliots gewandert zu sein. Nein, das Leiden der Jugend – denn allen leidenschaftlichen Bewegungen liegt als letzte Triebfeder ein Leiden zugrunde – soll uns eine Mahnung sein, aber es hat uns nichts Neues zu lehren. Als Neulinge stehen die jungen Rebellen vor gealterten Überlebenden als schon Gezeichneten oder Erprobten. Die Alten und Älteren müßten, ich wiederhole es, stumpf sein, wollten sie dem Schauspiel jugendlicher Aufsässigkeit mit kalter, kritischer Überlegenheit oder gar mit Feindseligkeit gegenüberreten. Aber ebenso wahr und in erster Linie beherzigenswert ist, daß sie sich als Verblendete und Verführte zeigen, sobald sie sich von dem bewußtlosen Elan der Bewegung mitreißen lassen, verschämt vielleicht, mit kleinen Anleihen bei ihrem Schatz an revolutionären Ideen, oder mit nichtigen Reserven, die den Schein gemessener Distanz wahren sollen. Doch eben dies ist das erschreckendste Phänomen dieser Jahre: die Haltlosigkeit der Wohlbestallten. Die rebellische Bewegung ist stark weniger durch sich selbst als durch ihre Mitläufer verschiedenster Schattierung. Wir erleben wieder, was wir schon einmal erlebten: Gesetzte Leute eignen sich über Nacht ein neues Vokabular an, billigen, was sie noch gestern – nicht mißbilligten, denn es kam ihnen als allzu phantastisch gar nicht in den Sinn. So dienen die Nicht-Überzeugten, aber Angesteckten dem vermeintlichen Zeitgeist.

All diese Bemerkungen führen uns zurück zu der Frage nach dem wirklichen oder scheinbaren Abgrund, der sich zwischen der bestehenden Ordnung, zunächst der Bundesrepublik, und der rebellischen Jugendbewegung aufgetan haben soll. Die Wortführer der radikalen Studenten sprechen unverblümt von Revolution. Sie jedenfalls machen keinen Hehl aus der trennenden Kluft. Sie erklären rundheraus, daß sie die Universität und durch sie die Gesellschaft revolutionär umgestalten wollen. Sollen wir sie beim Wort nehmen? Oder sollen wir solche Worte als Deklamation einer „verschwindenden Minderheit“ abtun?

Das revolutionäre Engagement

Für eine Weile konnte mit glaubwürdigen Argumenten die Meinung unterhalten werden: die rebellische Bewegung unter den Studenten sei nicht auf geplante Aktion gerichtet, erfülle sich in spontaner Demonstration, sei also nur akzidentell politisch; die durch Rauschgifte geförderte Friedseligkeit der Hippies und das surrealistische Happening entsprächen ihrer innersten Intention besser als revolutionäre Ideen. Die Tumulte, die im April 1968 den Anschlag auf Dutschke zum Anlaß nahmen und die in München zwei Todesopfer forderten, vor allem aber die Mairevolte in Paris, die den Bestand der V. Republik gefährdete und das internationale Währungssystem erschütterte, und schließlich die diesen Ereignissen an den deutschen Universitäten folgende Entwicklung sollten auch den Zweifelnden zeigen, daß Formeln wie „die zweite Welle der Jugendbewegung“ oder „die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft“ zwar Richtiges aussagen, aber doch nicht ausreichen. Die Speerspitze der Bewegung, welches auch im übrigen ihre Triebfedern sein mögen, hat sich immer deutlicher politisch zugespitzt. Durch Tat und Wort bekennen sich die Wortführer zu der radikal-kommunistischen und anarcho-syndikalistischen Tradition, deren Geschichte bis hinter Marx und Proudhon zurückreicht und auf die Pariser Kommune von 1789 als ihren Stiftungsakt verweist. Diese politische Absicht der radikalen Studenten heute ist aber genauso unverträglich mit den Grundsätzen der Bundesrepublik Deutschland wie einstmals die Zielsetzung der nationalsozialistischen Bewegung mit den Grundsätzen der Weimarer Republik. Und sie steht in dem gleichen Mißverhältnis zu den Gesinnungen und Überzeugungen der überwältigenden Mehrheit der Bürger der Bundesrepublik wie das nationalsozialistische Programm zu der damaligen öffentlichen Meinung, jedenfalls bis zu dem Ereignis, das die Flutschleusen öffnete und dessen Analogon uns noch bevorstehen könnte: der Weltwirtschaftskrise, die 1931 ihren Höhepunkt erreichte. Auch diesmal also ein trennender Graben, breit und tief. Was den loyalen Bürgern als ihr Heil erscheinen muß – die Stärkung und Verbesserung der Bundesrepublik und ihrer demokratischen Einrichtungen –, das erscheint auf der anderen Seite des Grabens als Täuschungsmanöver, als Anziehen der repressiven Schraube. Was da freudige Hoffnung erweckt, das dämpft dort die revolutionäre Erwartung. Das Unglück der einen wird zum Jubel der anderen.

Die Spaltung ist total. Und ganz wie einst wird sie von denen auf der anderen Seite des Grabens bald provokativ betont – wenn die Propaganda es fordert, wird die rote und gelegentlich die schwarze Fahne gehißt –, bald unter dem Gebot der Taktik sorglich verdeckt und verleugnet; dann heißt es biedermännisch „wir demokratisch Gesinnten“, so wie man damals spöttisch von „Adolf *légalité*“ zu sprechen pflegte. Damit nun das altbekannte Spiel ablaufen kann, übernehmen die Regierenden noch einmal gehorsam die ihnen zugedachte Rolle: sie sehen und hören nur, was sie nach dem Willen ihrer Gegenspieler und der mit ihnen verbündeten Massenkommunikationsmittel sehen und hören dürfen und, gehüllt in blissful ignorance, können sie immer noch, wenn auch unter Bedrängnissen, schwärmen: „Was für eine herrliche, wenn auch etwas ungebärdige und sogar unmanierliche Jugend: Im Grund können wir sie uns gar nicht anders wünschen. Endlich, endlich ein politisches Engagement! (Wahlbeteiligung im Juli 1932 83 %, im März 1933 89 % – Rekorde des Engagements!) Hut ab vor der Unbeugsamkeit des jugendlichen Willens zur Demokratie!“ Von Weimar zu Bonn – fast scheint der Spruch zu gelten: Alles vergessen und nichts hinzulernt.

Nun wäre es lächerlich, wenn wir nach der Feuerwehr schreien wollten, als ob der Brand einer Revolution vor dem Ausbruch stünde. Das Wort von der „*révolution introuvable*“, das Raymond Aron für die Geschehnisse in Frankreich geprägt hat², läßt sich auch auf Deutschland anwenden. Nur eine verirrte Phantasie kann in Rudi Dutschke einen keimenden Lenin zu erkennen glauben. Dem Revolutionsgeschrei fehlt der Resonanzboden – eine revolutionäre Situation, eine zum Aufstand bereite Klasse. Denn die Studentenschaft, was auch immer ihre gesellschaftliche Rolle sein mag, bildet jedenfalls keine „Klasse“. Sie spielt nur Klasse, indem sie das Kostüm des Phantasieproletariers anzieht, in Koprolalie schwelgt, die Universität Arbeitsplatz betitelt und sich Teilnahme an einem wissenschaftlichen Produktionsprozeß zuschreibt – Narrenspossen, die von den echten Jungarbeitern, die in wirklichen Fabriken ihr Brot verdienen, mit Recht als Verhöhnung empfunden werden. Und dennoch: weder die Ideologie der Wortführer noch die ihr auf dem Fuß folgende Praxis ist so wolkig und phantastisch, wie ungeübte Beobachter zu meinen geneigt sind. Vielmehr fügt sie sich sinnvoll der Geschichte der radikal-sozialistischen Bewegungen der Neuzeit ein.

Der Rätegedanke

Die politische Ausrichtung samt der sich aus ihr ergebenden Praxis gewinnt Form und Gestalt durch den Rätegedanken. Zwar ist es den Räten (Kommunen, Sowjets) bisher niemals gelungen, sich zu einer dauerhaften gesellschaftlichen Ordnung zu verfestigen. Aber als Stoßtrupp einer beginnenden Umwälzung, als Träger improvisierter Ordnungsfunktionen im revolutionären Chaos und schließlich als revolutionäre Fassade des kompakten Einparteistaats haben sie eine geschichtliche Rolle gespielt, und Lenin wußte

² R. Aron, *La révolution introuvable, réflexions sur la révolution de Mai* (Paris 1968).

sehr wohl, was er tat, als er ihnen 1917 seinen marxistischen Segen erteilte – und sie in den Ruhestand versetzte. Der Gedanke also, zunächst die Universität durch revolutionäre Aktion in einen Universitätssovjat zu verwandeln, um dann alle anderen Lebensgebiete dem akademischen Muster anzugleichen, kann nicht als grotesker Einfall abgetan werden. Zwar ist seine Aussicht auf Verwirklichung gering. Der Tag der Abrechnung, an dem die parlamentarische Demokratie die Herausforderung annehmen und ihre Staatsmacht einsetzen muß, kommt unweigerlich. Bis dahin aber kann es der revolutionären Anstrengung gelungen sein, das Gefüge der Universität durch Politisierung im schlimmsten Sinn des Wortes bis zur Unkenntlichkeit zu verbiegen. Noch einmal, die Kritik der studentischen Neuen Linken ist nicht bloß dem Namen nach, sondern in Wirklichkeit revolutionär. Die Kluft zwischen der bestehenden politischen Organisation unserer Gesellschaft und ihren Kritikern existiert, ist aber diesmal verdeckt durch das vieldeutige Wort „demokratisch“. Der Rätegedanke selbst lädt zu solcher Mimikry ein.

In der Demokratie sollen alle (Erwachsenen) als Gleiche an der Herrschaft teilhaben. Solche Herrschaft aber ist nur möglich, wenn die Teilhabe abgestuft wird – von der herrscherlichen Entscheidung hinunter bis zur bloßen Wahl der entscheidenden Personen und Körperschaften. Die Ermöglichung dieses paradoxen Herrschaftsgedankens gelingt den modernen Staaten durch ein Zusammenspiel von vier Elementen: Grundgesetz („Verfassung“), parlamentarische Repräsentation, öffentliche Meinung, Parteien. Der Erfolg der demokratischen Staatskunst ist bislang nichts weniger als vollkommen. Aber nur ihr – und nicht der großen modernen Alternative, dem totalitären Einparteistaat – kann es gelingen, staatliche Ordnung zu versöhnen mit der persönlichen, im Gewissen begründeten, ein geistiges Leben ermöglichenden Freiheit der Person, mit sozialer Gerechtigkeit und mit unabhängiger Rechtsprechung. Nur sie gibt Raum für das Wirken politischer Weisheit und verstattet maßvolle Hoffnung. Dieser vielleicht noch in den Anfängen steckende Erfolg des demokratischen Wagnisses beruht auf zwei entscheidenden Modifikationen des Gleichheitsprinzips – einer politischen und einer gesellschaftlichen. Die *politische* Modifikation im Sinn von „Gleichheit in der Ungleichheit“ führt zu der eben erwähnten Abstufung, die den Herrschaftscharakter der Herrschaft bestehen läßt, ohne die Vielen zu entmündigen. Die *gesellschaftliche* Modifikation beschränkt die Gleichheit auf „bürgerliche“, will sagen politische Gleichheit. In der Gesellschaft tritt an ihre Stelle die Ungleichheit nach dem Maß der „Kompetenz“ d. i. nach der Funktion gemäß den natürlichen oder erworbenen Fähigkeiten. Denn nur auf der Basis solcher zugestandenen und angenommenen Ungleichheit läßt sich die Gesellschaft innerhalb des Staats als Werk- und Lebensgemeinschaft aufrechterhalten. Das ist zwar der technologisch hochentwickelten Gesellschaft nicht eigentümlich. Aber hier wird die Absurdität einer egalisierten „Mitbestimmung“ besonders augenfällig. Zusammenfassend läßt sich formulieren: Gleichheit in der Ungleichheit für den politischen, Ungleichheit in der Gleichheit für den gesellschaftlichen Bereich; aber da wie dort Entgiftung der unaufhebbaren Ungleichheit durch kreatürliches Gemeinschaftsbewußtsein.

Der Rätegedanke nun verwirft die beiden Modifikationen der Gleichheit im Namen der „direkten“ Demokratie. Damit gibt er den zweiten Bestandteil des Worts, das Herrschen (*kratein*), auf: niemand soll herrschen. Es gibt nur ausführende Personen und Körperschaften, nur Kommissare und keine Beamten. Die Beauftragten aber handeln stets unter „imperativem Mandat“, und alle ihre Beratungen sind öffentlich. Daraus folgt, wie die Anwälte des Prinzips wissen und eingestehen, die Zerschlagung großer regionaler Einheiten, so vor allem der bestehenden Territorialstaaten, in lokale Parzellen. Bernd Rabehl z. B., ein führendes Mitglied des Berliner SDS, schlägt vor, Westberlin nach seiner „Befreiung“ aufzugliedern in Kollektive von 3 000 bis 5 000 Menschen, die sich je um eine Fabrik zentrieren³. Der Rätegedanke, so zeigt sich, kollidiert mit der Organisation der heute lebenden Menschheit nach Staaten und deren Zusammenschlüssen. Und in derselben unversöhnlichen Weise stößt er mit der Arbeits- und Produktionsordnung zusammen, wenn er, unter Verwerfung des Kompetenzprinzips, im gesellschaftlichen Raum seinen radikalen Gleichheitsgedanken zur Geltung bringen will: Der Baumeister soll seinen Bauplan der Abstimmung durch die Bauarbeiter unterwerfen. Die Nemesis des Radikalismus aber besteht darin, daß er sich selbst aufhebt: unter dem Zwang revolutionären Wollens verwandelt sich radikale Gleichheit in radikale Ungleichheit. Die selbsternannte Führungselite kann sich politisch nicht gleichstellen mit der Mehrheit, die erst durch allmähliche Bewußtseinsveränderung zur Höhe politischer Aufklärung hinaufgehoben werden muß. Das große Aufklärungsinstrument aber ist die Demonstration. So lautet die Parole: „Vorwärts in Richtung auf Demokratisierung!“ An der Spitze marschiert nur eine Handvoll echter enragés, doch die Zahl der Mitläufer ist Legion.

Unterwegs zum Universitäts-Sowjet

Die Universität ist das Muster einer kooperativen Einrichtung, auf die sich das Gleichheitsprinzip unter keinen Umständen anwenden läßt. Auch als Hohe Schule bleibt sie Schule. Ihr Personal gliedert sich in zwei streng geschiedene Gruppen, zwischen denen es zwar Übergänge, aber keine Vermischung gibt. Da sind Lehrer und da sind Schüler, nicht nur durch ihre Stellung in der Schule, sondern auch durch ihr Alter voneinander getrennt. Die Schüler besuchen die Schule in der Erwartung, etwas von den Lehrern zu lernen. Ihretwegen sind Lehrer und Schule da, nicht umgekehrt. Ihr Interesse muß dominierend sein, denn es ist identisch mit Zweck und Interesse der Schule selbst. Aber dieser Zweck kann nur erreicht werden, wenn sich die Schüler freiwillig der durch die Lehrer vertretenen Disziplin des Verstehens, Lernens und Forschens fügen. Die Schule nun, die ein Sowjet werden soll, muß aufhören, Schule zu sein – sie wird zum „Arbeits-

³ Vgl. Gerhard A. Ritter, „Direkte Demokratie“ und „Rätewesen“ in Geschichte und Theorie, in: Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft. Eine kritische Untersuchung der „neuen Linken“ und ihrer Dogmen, hrsg. v. E. K. Scheuch (Köln 1968) 207 f.

platz“ umgetauft. Und die Umtäufer sind Studenten, die keine Studenten sein wollen. Nicht lernen wollen sie von den Lehrern, sondern deren vorgebliche Macht brechen: Krieg den Ordinarien und ihrer Universität! Und „Fort mit den Ordinarien!“ echo die Presse. Selbst der Wissenschaftsrat wagt es in seinen neuesten Empfehlungen nicht mehr, von „ordentlichen Professoren“ zu sprechen.

Dies ist also der Vorsatz, nachdrücklich erklärt von den Allgemeinen Studentenausschüssen (AStA) verschiedener Universitäten (vom AStA der Universität München im Januar 1969)⁴ und bald danach von dem Verband deutscher Studenten (VDS)⁵: *Umwandlung der deutschen Universität in einen Universitätssowjet*. Und diese Teilrevolution ist als erster Schritt zur Umwandlung der Bundesrepublik Deutschland in eine Räterepublik gedacht. Diese revolutionären Planer, so könnte man skeptisch meinen, lassen sich von einer Wolke von Widersinn leiten. Gewiß, aber wer den Unsinn mit leidenschaftlicher und zugleich intelligenter Entschiedenheit will, ist all denen überlegen, die überhaupt nicht wissen, was sie wollen. Denn die Wolke umhüllt einen Stern: die maßlose Menschheitshoffnung einer irdisch-vollkommenen Gesellschaft.

Das dem Plan entsprechende Aktionsprogramm⁶ läßt sich mit einiger Sicherheit folgendermaßen rekonstruieren:

1. *Stufe: Die Vorbereitung.* Die Universitäten sind durch die Methoden unblutiger Gewalt zu paralisieren, zu zermürben und in den Zustand jener fast hemmungslosen Konzessionsbereitschaft zu versetzen, die als erste Stufe der angestrebten Bewußtseinsveränderung anzusehen ist. Diese Stufe darf als bereits erklommen betrachtet werden.

2. *Stufe: Die Infiltration.* Hier wird die Aktion auf zwei verschiedenen Ebenen vorangetragen – auf der oberen Ebene der regierenden Körperschaften und auf der unteren Ebene der Seminare und Institute. Auf der oberen Ebene: hier wird durch Teach-in, Besetzung von Rektoraten und dgl. die Öffentlichkeit der Beratungen von Senaten und Fakultäten erzwungen, unter dem Leitspruch „Vollversammlung kontrolliert Senat“ und mit dem Ziel, die Macht (student power) von oben her zu ergreifen. Auf der unteren Ebene: von Basisgruppen gelenkt setzen sich zuverlässige und begabte Genossen in den Seminarsitzungen fest mit doppelter Weisung: einmal sollen sie durch Monopolisierung der Diskussion den Professor oder Dozenten überflüssig erscheinen lassen; ferner sollen sie die Seminarvorstände dazu bewegen, ihnen akademische Übungen in eigener Regie, aber mit akademischer Gültigkeit anzuvertrauen. Auf diese Weise sollen Zellen der Kritischen Universität durch „Inokulation“ der bestehenden Universität aufgepropft werden: Machterschleichung von unten. Auch auf dieser Stufe sind schon Gewinne erzielt worden.

3. *Stufe: Schrittweise Übernahme.* Auch den Rebellen ist klar, daß Studentenmacht, ihr großes Ziel, ein bloßer Schatten von Macht bleibt, solange sie keine Verfügung über

⁴ Südd. Ztg. v. 8. 1. 69.

⁵ Südd. Ztg. v. 5. 2. 69.

⁶ Besonders aufschlußreich ist die (ungedruckte) „Dokumentation zur Lage am Philosophischen Seminar der FU, herausgegeben vom Studentenrat 25. 11. 68“ – eine weitverbreitete, auch in anderen Universitäten als Modell angesehene Darlegung.

die Geldmittel der Universität haben. Demgemäß soll auf der dritten und letzten Stufe der Eskalation der Aufbau des Rätessystems Hand in Hand gehen mit der gradweisen Erringung der Finanzkontrolle. Wie dieser Vorgang zu denken ist, zeigt in beispielhafter Weise eine Niederschrift des Studentenrats am Philosophischen Seminar der Freien Universität. Drei Unterstufen der Aktion, welche die Absorption der Universität in die „kritische Universität“ zum Ziel hat, lassen sich unterscheiden: a) Die Studenten erlangen mit Hilfe der bekannten Druckmittel Verfügungsrecht über ein Drittel der dem Seminar zur Verfügung stehenden Assistentenstellen; b) durch Stimmenmehrheit im Seminarrat wird dies studentische Recht auf alle Assistenturen und Forschungsmittel des Seminars ausgedehnt; c) alle für Entlohnung des Lehrpersonals erforderlichen Mittel gehen schließlich über in die Verwaltung des Seminarrats bei gleichzeitiger Abschaffung der bisherigen Planstellen. Statt der Professoren, ordentlichen und außerordentlichen, der Dozenten und wissenschaftlichen Räte gibt es dann nur noch langfristige und kurzfristige Lehrbeauftragte. So wird die Universität zum Universitätssowjet. Oder sie würde es, wenn derartiges möglich wäre.

Auf der dritten Stufe nämlich geht es um die Ermöglichung des Unmöglichen. Forderungen werden hier erhoben, die weder die Bundesrepublik Deutschland noch irgend eine andere parlamentarische Demokratie oder überhaupt irgend ein moderner Staat bewilligen könnte. Sie verweisen daher auf den, wie wir fürchten müssen, unvermeidlichen Tag der harten Auseinandersetzung: Studentenmacht gegen Staatsmacht. Sie könnte die Form einer 6-Stunden-Revolution annehmen. Daß die Bataillone der Neuen Linken unterliegen werden, ist klar. Aber ebenso klar ist, daß der Sieg der Republik zum Pyrrhussieg zu werden droht. Der Satz, daß es darauf ankommt, die letzte Schlacht zu gewinnen, gilt nicht für die innerstaatliche Auseinandersetzung. Es ist fraglich, „ob die Universität ihre dringend erforderliche . . . Reform *als Universität* überleben wird“, schrieb ich vor drei Jahren⁷. Mit größerer Voraussicht hätte ich schreiben können: „ . . . ob die Republik den Aufstand der Studenten in der Universität *als Republik* überleben wird – das ist die sorgenvolle Frage.“

Studenten, rettet eure Universität!

Die deutsche Studentenschaft sollte durch einen sie zusammenfassenden und vertretenden Verband dem demokratischen Staat eingefügt und für konstruktive politische Mitwirkung bereitgestellt werden. Das war der Gedanke eines im besten Sinn des Wortes liberalen Mannes. Er ist zweimal erprobt worden und hat zweimal eine Katastrophe ausgelöst. Es wäre töricht, die Studenten deswegen zu tadeln. Die Studenten (darf man es ihnen verargen?) wollen studieren, und die echten Studenten unter ihnen – diejenigen, die nicht bloß auf Berufsvorbereitung bedacht sind – wollen das mit der

⁷ H. Kuhn, Der Staat. Eine philosophische Darstellung (München 1967) 340 f.

größten Entschiedenheit. Die Welt des Fragens, Forschens und Lernens ergreift und erfüllt sie ganz. Nur eine Minderheit, durch Gemeinsinn oder Interesse geleitet, gibt sich mit den körperschaftlichen Fragen der Studentenschaft ab, und die Studentenvertretungen können in aller Stille ihr nützliches, aber unscheinbares Werk tun. Dann aber schlägt der Blitz des Gedankens bei einer kleinen Minderheit ein, und sie wird zum schlagenden Herzen des schwerfälligen Körpers: die Studentenschaft erwacht zur Aktion. Sehr schön, vorausgesetzt, daß der zündende Gedanke Wahrheit in sich trägt. Aber die Geschichte unseres Jahrhunderts zeigt, daß meist, keineswegs immer, der zündende Gedanke „politisch“ in einem mit Wesen und Sinn der Universität unvereinbaren Sinn war. Noch einmal erinnern wir uns der Rede des jungen Walter Benjamin. Er erträumt eine von dem Urgedanken der Universität ergriffene Studentengemeinschaft: „Es hätte diese Studentenschaft die Universität, die den methodischen Bestand des Wissens samt den vorsichtigen, kühnen und doch exakten Versuchen neuer Methoden mitteilt, zu umgeben gleichwie das undeutliche Wogen des Volkes den Palast eines Fürsten, als die Stätte der beständigen geistigen Revolution, wo zuerst die neuen Fragestellungen weitausgreifender, unklarer, unexakter, aber manchmal vielleicht auch aus tieferer Ahnung, als die wissenschaftlichen Fragen, sich vorbereiten. Die Studentenschaft wäre in ihrer schöpferischen Funktion als der große Transformator zu betrachten, der die neuen Ideen, die früher in der Kunst, früher im sozialen Leben zu erwachen pflegen als in der Wissenschaft, überzuleiten hätte in wissenschaftliche Fragen durch philosophische Einstellung.“⁸ Solche Sätze klingen teils wie ein später Nachhall jener fernen Tage, da die Jünglinge Hölderlin, Schelling und Hegel vom Tübinger Stift ausschwärmten, um der Französischen Revolution eine deutsche geistige Revolution folgen zu lassen, teils wie eine Voraussage, die sich im Deutschland der zwanziger Jahre wenigstens annähernd verwirklicht hat. Aber sie sind schon mißverstanden, wenn die von Benjamin ersehnte Studentenschaft als eine mit Statuten und Privilegien ausgerüstete Massenorganisation gedacht wird. Wenn sich aber die Pseudorevolutionäre unserer Zeit auf Benjamins Forderung einer „beständigen geistigen Revolution“ berufen, wird die Nachfolge zur Karikatur des Originals. Nicht alles läßt sich organisieren, und gewiß nicht die Jugend als geistige Vorhut.

Zunächst stehen die Universitäten in Brand. Schon rasseln die behördlichen Lösungsbrigaden durch die Straßen. Nur weiß man nicht, ob ihre Pumpen und Schläuche mit Wasser oder Brennstoff gefüllt sind. Reform, Reform! tönt es von Bonn, und Reform, Reform echot es in Amtsstuben und Beratungszimmern. Dabei zeigen die vorliegenden Pläne nur allzu deutlich, daß sie gezeugt sind vom abergläubischen Vertrauen auf heilbringende Organisation – dem Bürokratenaberglauben –, auf grenzenloser Kompromißbereitschaft – der Tugend der Mitläufer. Das Gesetz ist da, schwarz auf weiß, und sogleich legen sich die Wogen? Wer glaubt das! Tatsächlich sehen die Praktiker dieser Paragraphenmagie Neuerungen vor, die den rebellischen Bemühungen ein erwei-

⁸ A. a. O. 17.

tertes Tätigkeitsfeld öffnen. Das Haus brennt, und seine bestellten Hüter tüfteln über Zeichnungen für ein neu zu beschaffendes, hochmodernes Mobiliar. Freilich finden sich die Regierungen in einer schwierigen Lage. Nach gut revolutionärer Tradition sehen sie sich von den Rebellen vor eine bittere Wahl gestellt: entweder verlieren sie ihr Gesicht durch Nachgiebigkeit oder sie riskieren es, durch Härte Märtyrer zu machen, und in dieser Not sind sie geneigt, das Schlechteste zu tun: ohne Entschlossenheit versuchen sie es abwechselnd mit Weichheit und mit Härte. Überdies können sie weder von seiten der Professoren noch von den verantwortlichen Gremien verlässliche Hilfe erwarten. Der Geist des Mitläufertums hat die Schneide der Entschlossenheit abgestumpft.

Welche Schlüsse sind zu ziehen? Wo zeigt sich ein Ausweg? Dazu zwei abschließende Bemerkungen. Dem zu Schaden gekommenen Projekt C. H. Beckers, dem langen und vergeblichen Ringen um eine Formierung der Studentenschaft wie auch den gegenwärtigen nervenzerreißenden Wirren liegt ein Faktum zugrunde, das den englischen und amerikanischen Universitäten im wesentlichen fremd ist und das ich als die Externalität der Studentenschaft in ihrem Verhältnis zur Universität bezeichnen möchte. Durch das College nach englischem Muster sieht sich der Student in eine akademische Heimat versetzt, der er vier Jahre lang als undergraduate und dann, nach seiner Graduierung, bis an sein Lebensende als Alumnus angehört. Anders in Deutschland. Nach kontinentaler Tradition bildete die Universität eine gelehrte Körperschaft mit republikanischer Verfassung, die ihr Wissen in öffentlichen Kursen den Studierenden zur Verfügung stellte. Sie „besuchten“ – so lautete der charakteristische Terminus – die Vorlesungen, blieben aber außerhalb der Körperschaft. Durch Landsmannschaften und Verbindungen gestalteten sie ein korporatives studentisches Leben, das sich allenfalls bei festlichen Gelegenheiten in der Universität selbst darstellte. Freilich bedeutete diese Externalität nicht Fremdheit der Lehrer im Verhältnis zu den Schülern und am wenigsten soziale Inferiorität der Studenten. In der alten deutschen Universität, im 19. Jahrhundert, ein Gegenstand der Bewunderung für die Welt, gehörten Professoren wie Studenten einer bevorzugten Klasse an. Die Herren Studenten traten den Professoren als gesellschaftlich Gleichberechtigte und, in manchen Sektoren des Universitätslebens, als Überlegene entgegen. Der Erste Weltkrieg bedeutete das Ende sowohl der Standesgesellschaft wie der Universität alten Stils. Es war das Verdienst C. H. Beckers, die Sachlage erkannt und Folgerungen daraus gezogen zu haben. Aber sein Projekt, so fortschrittlich und selbst revolutionär es damals vielen schien, bot keine hinreichend radikale Kur – es ließ die Externalität des Studentenkörpers bestehen, die unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen zur Entfremdung zu führen drohte. In den Reformbestrebungen der Jahre, die dem Zweiten Weltkrieg unmittelbar folgten, war ein Bewußtsein dieser Sachlage lebendig. Durch Einrichtung von collegeähnlichen Wohnheimen hoffte man, die Studentenschaft nach anglo-amerikanischem Muster in die Universität hineinzunehmen. Doch diese erste Universitätsreform blieb in den Anfängen stecken. Einzelne in ihrer Begrenzung erfolgreiche Gründungen wie z. B. das von Romano Guardini an der Universität Tübingen angeregte Leibniz-Kolleg, zeugen noch von dem unerreichten

Ziel. Wenn das Revolutionsfieber sich gelegt hat, wird man, glaube ich, auf diesen verlassenen Weg zurückbiegen müssen.

Solche Betrachtungen stecken vielleicht eine Hoffnung auf, aber sie weisen keinen Ausweg aus der gegenwärtigen Not. Auch die verspätete Festigkeit gegenüber studentischen Ausschreitungen ist kein Heilmittel. Die Universität kann ihrer Aufgabe nicht unter polizeilicher Bedeckung nachgehen. Vielmehr ist klar, daß die Hilfe nur aus der Mitte derer kommen kann, die die Bedrängnis über uns und sich selbst gebracht haben – aus der Studentenschaft. Freilich genügt hier nicht die passive Resistenz einer innerlich kaum beteiligten Mehrheit, und noch weniger die Organisation der gutwilligen Mitläufer, die das Programm der Radikalen durch Verwässerung schmackhaft machen möchten. Was uns helfen kann ist allein eine zurückrollende Welle, ein mächtiger Gegenstrom, nicht aber als eine radikale Rechte, die den Linksextremismus zurückwerfen wollte (damit würde die gegenwärtige Zerstörung endgültig), sondern als eine Bewegung für die Universität gegen diejenigen, für die sie nichts weiter ist als ein Mittel des revolutionären Umsturzes. „Die Universität gehört dem Studium“, muß ihr Wahlspruch lauten. Dem Widersinn der Zerstörung muß der bedrohte Sinn des akademischen Lebens entgegengestellt werden. Mancherlei Anzeichen deuten darauf hin, daß diese Welle sich zu heben im Begriff ist. Zur Wirksamkeit freilich kann sie nur gelangen, wenn die Erwachsenen unter uns sich wieder auf ihre Erwachsenenheit besinnen, angesichts der sich häufenden Szenen der Zerstörung und der Gewaltsamkeit das unkleidsame Kostüm des Mitläufertums ablegen und versuchen, die Dinge wieder in der rechten Proportion zu sehen und beim rechten Namen zu nennen. Was wollt ihr eigentlich, müssen wir sie fragen: das von Knaben inszenierte Psychodrama einer Pseudorevolution oder das wahre Drama, ein Leben, das, statt sich mit Zukunftsgaukeleien zu berauschen, in der Gegenwart das alte Wahre zu Nutz und Frommen des Künftigen erfaßt?

Philipp Götke:

das alte, wahre!
faß es an!